



Sozialdemokratische Partei
Wahlkreis
Toggenburg

Bazenheid, 20. Dezember 2019

Lenkungsausschuss zur Weiterentwicklung
der Strategie der Spitalverbunde

Regierungsgebäude, Klosterhof 3

9001 St.Gallen

Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde: Stellungnahme der SP Toggenburg zum Bericht der Regierung vom 22. Oktober 2019

Der Kanton St.Gallen hat den in der Verfassung verankerten Auftrag, eine für die Bevölkerung ausreichende Gesundheitsversorgung (Art. 15 Abs. 1 lit. a KV; sGS 111.1) sowie die Grundversorgung der gesamten Bevölkerung sicherzustellen (Art. 25 Abs. 2 lit. a KV). Obwohl sich Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann stets für einen chancengerechten Zugang zur Gesundheitsversorgung eingesetzt hat, ist leider durch den Kahlschlag der Bürgerlichen nicht mehr viel davon übrig geblieben. Mit der angestrebten «Strategie der St.Galler Spitalverbunde» gefährden Verwaltungsrat und Regierung die Gewährleistung des Gesundheitsauftrags und es ist deshalb unabdinglich, alternative Lösungen auszuarbeiten und zu prüfen. Ausserdem hat der Entscheid des Verwaltungsrates im Mai 2018 und das unklare Auftreten der Regierung bei Bevölkerung und Personal an den betroffenen Standorten viel Unsicherheit und Ängste ausgelöst. Es ist darum entscheidend, dass während der weiteren Beratung dieser Vorlage keine vorweggenommenen Entscheide mehr gefällt werden, weder von der Regierung, noch vom Verwaltungsrat.

Vorschlag der Regierung gefährdet die Grundversorgung

Das von der Regierung beantragte Modell «4plus5» ist aus ökonomischer Sicht wie auch bezüglich der Gewährleistung der regionalen Gesundheitsversorgung nicht tauglich. Gerade die Wirtschaftlichkeit der Gesundheits- und Notfallzentren (GNZ) ist stark zu hinterfragen. Mangels direkter Anbindung der GNZ an eine stationäre Spitalinfrastruktur, wird es äusserst schwierig sein qualifiziertes Personal zu finden. Es ist also absehbar, dass die GNZ mangels Qualität, gutem Personal und wirtschaftlicher Überlegungen schliessen müssen – umso mehr, als dass der Staat mit den GNZ die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte konkurriert und damit die Region auch für neue Hausärztinnen und -ärzte unattraktiv macht.



Selbst bei einem erfolgreichen Betrieb der GNZ ist aber die in der Verfassung verankerte Gesundheitsversorgung der gesamten Bevölkerung nicht gewährleistet. Der Wahlkreis Toggenburg zum Beispiel zeichnet sich durch einen im kantonalen Vergleich überdurchschnittlichen Anteil an Betagten aus. Mit steigendem Alter nimmt aber die Mobilität ab, was eine wohnortnahe Versorgung nötig macht. Dies ist insofern bedeutend, als dass Heilung und Gesundung nicht nur medizinisch erreicht werden. Die mentale Unterstützung durch Zuspruch aus Familie und Freundeskreis trägt einen wichtigen Teil dazu bei und hilft somit auch die Gesundheitskosten zu senken. Die aus «4plus5» resultierenden grösseren Entfernungen bringen also auch schnell eine wesentlich geringere Besucherfrequenz und wirken so der Genesung entgegen.

Aus finanzpolitischer Sicht ist die Sinnhaftigkeit der neuen Investitionen von 170 Mio CHF in das Spital Wil zusammen mit den bereits getätigten Investitionen in Wattwil von rund 60 Mio. CHF höchst fraglich. Es kommt einer Verschleuderung von Steuergeldern gleich, wenn an fünf Standorten Investitionen vernichtet werden, während gleichzeitig an zwei Standorten zusätzliche Bettenstationen nötig werden. Seit der angekündigten Schliessung im Juni 2018 wurde auch das medizinische Angebot in Wattwil kontinuierlich verringert. Es stellt sich die Frage, ob damit das Spital Wattwil bewusst auf Kosten des Standorts Wil geschwächt wurde. Ausserdem fehlt in der Aufstellung der Berechnungen eine Variante, welche für Wil ein GNZ und für Wattwil ein Mehrspartenspital vorsieht.

Die Einführung des «4plus5» Szenarios hätte massive Auswirkungen auf die Beschäftigten und die zuliefernden Betriebe. In den fünf betroffenen Standorten würden insgesamt 870 Vollzeitstellen wegfallen. Ausbildungsplätze gehen verloren und 400 Mitarbeitende müssen ihren Arbeitsplatz wechseln mit der Folge von womöglich unattraktiveren Arbeitswege und Arbeitsstellen. Die Gefahr von Berufsausstiegen, Knowhow-Verlust und Wechseln zu Privatkliniken ist gross. Diese Situation ist aufgrund der geographischen Lage für Wattwil besonders gravierend.

Mehrspartenspital mit Spezialangeboten

Die SP Toggenburg ist nach wie vor überzeugt, dass das Spital Wattwil aufgrund seiner Lage und ausgezeichneten Infrastruktur die Voraussetzungen für den Betrieb eines Mehrspartenspitals welches über mehrere Dutzend Betten verfügt, erfüllt. Neben einem Spital, welches die Erst- und Nachversorgung sowie Triage gewährleistet, kann die zusätzliche Infrastruktur für die Besetzung einer Nische genutzt werden. Als Spezialangebot bieten sich die Bereiche Akut-Geriatrie, Sportmedizin, Psychiatrie, Schmerztherapie, Komplementärmedizin oder eine Abteilung für psychosomatische Erkrankungen an. Nicht nur Wattwil, sondern auch andere Regionalspitäler können so durch ein differenziertes medizinisches Spezialangebot eine eigene Nische nutzen und verhindern damit eine Kannibalisierung auf dem Regionalspitalmarkt. Schon heute sind zum Beispiel die tragenden Angebote des Spitals Wattwil die Akutgeriatrie und die Alkoholkurzzeittherapie. Dieses Angebot in Wattwil ist unter allen Umständen zu erhalten und nach Abklärung der Nachfrage mit weiteren Nischen zu ergänzen.



Die Verantwortlichen sind in die Pflicht zu nehmen

Die SP Toggenburg erwartet, dass die Regierung den Volksentscheid von 2014, bei dem die Stärkung der Regionalspitäler mit grossem Mehr unterstützt wurde, respektiert und umsetzt. In einer ersten Phase soll der für 50 Millionen CHF erstellte Neubau wie oben erwähnt als Zentrum für Erst- und Nachversorgung genutzt werden, wobei auch die schon heute gewinnbringend betriebenen Spezialangebote weitergeführt und um andere Angebote erweitert werden.

Die Spitalverbände sind gesetzlich verpflichtet die für Altstätten und Wattwil geplanten Bauarbeiten auszuführen. Diese Grundsatzentscheidungen sind sofort zu fällen, um die grosse Unsicherheit bei Personal und Patientinnen und Patienten rasch aufzulösen. Jedes andere Verhalten ist rechtswidrig und ist darum zu Recht Gegenstand eines laufenden Verfahrens. Ausserdem sollen die Immobilien zurück an den Kanton übertragen werden weil damit die Bonität der Spitalverbände steigt und diese wieder mehr Spielraum erhalten.

Eine Erhöhung der im nationalen Vergleich unterdurchschnittlichen gemeinwirtschaftlichen Leistungen erlaubte den Spitälern eine grössere Flexibilität und somit zum Beispiel die Finanzierung von Assistenzärzten und anderen essenziellen Stellen. St. Gallen zahlt heute pro Einwohner nur 77 Franken an gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Das ist selbst mit einer geplanten Erhöhung immer noch weit unter dem Schweizer Durchschnitt, welcher bei 214 Franken liegt.

Die SP Toggenburg wird alle ihr zustehenden rechtlichen Mittel zum Wohle der Bevölkerung und der Angestellten in der Spitalregion Fürstentland-Toggenburg ausschöpfen, sei es über politische Vorstösse oder durch Protestaktionen gemeinsam mit der Bevölkerung.

Für den Vorstand der SP Toggenburg

Dr Stefan Diener, Vizepräsident